

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 26 261.
Sprechstunde: nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 26 261.
Geschäftszeit: von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeitspalte mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinstanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 263.

Dresden, Mittwoch den 12. November 1913.

24. Jahrg.

In der zweiten Kammer wurde Abg. Vogel (nassib.) zum Präsidenten wiedergewählt. Zum ersten Vizepräsidenten wurde Dr. Eppich (kons.) gewählt. Der zum Schriftführer gewählte Abgeordnete Lehmann lehnt die Annahme des Amtes ab.

Auf dem Charlottenburger Verbandstage protestierten die Gewerkschafter gegen „kommunistische Entwicklung“ und Steuererhöhung.

Wegen den Deutnant Fiebig in Diebenthor wurde ein Verbot gegen Nordversuch erhoben.

Zwischen der Türkei und Griechenland ist in den letzten Tagen eine Verständigung erreicht worden.

Nach Meldungen aus Cleveland (Nordamerika) fielen dort bei Schneestürmen der letzten Tage viele Menschen zum Opfer.

Arbeiterchutz als wirtschaftliche Notwendigkeit.

Das Kaiserliche Statistische Amt hat soeben eine sehr wertvolle Antwort auf das in der letzten Zeit besonders laut werdende Bedenken der Unternehmer gegen den Arbeiterchutz gegeben: es hat in der letzten Ausgabe des Reichs-Arbeitsblattes einen Bericht über „Anstalten für Untersuchungen über Arbeitsphysiologie in Deutschland und Frankreich“ veröffentlicht und darin u. a. einen Auszug aus einer Denkschrift gebracht, die der als hervorragender Fachmann bekannte Direktor der physiologischen Anstalt der Universität Berlin Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Kubner über die Aufgaben der im Entstehen begriffenen Berliner Anstalt für Arbeitsphysiologie erstattet hat. Das Ergebnis, zu dem Prof. Kubner in der Denkschrift gekommen ist, stimmt durchaus überein mit der Stellung der Sozialdemokratie und mit ihrem unermüdbaren Eintreten für einen wirksameren Arbeiterchutz.

Die Unternehmer haben seit jeher — mehr oder weniger laut — ein Wehgeschrei über den Arbeiterchutz erhoben und behauptet, daß unser Erwerbsleben eine solche „Eindringung“ der Wirtschaft, eine solche „Verfälschung“ umschließe, die die Dauer unserer Existenz gefährde. Trotzdem mußte die Gesetzgebung mit dem gesetzlichen Arbeiterchutz bereits zu einer Zeit beginnen, als die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung im heutigen Sinne noch in weiter Ferne stand, als die Arbeiter noch so gut wie keinen Einfluß auf die Verwaltung und Gesetzgebung hatten. Die fortschreitenden Folgen der unbegrenzten Ausbeutung der Arbeiter durch ihre Unternehmer waren damals so sehr zutage getreten, daß sich die führenden Kreise der arbeitenden Klasse selbst schließlich nicht mehr der Erkenntnis verschließen konnten: so kann es nicht weiter gehen, wenn nicht die anstehenden Krankheiten überhandnehmen und die geistigen Kräfte behalten soll, die er zur Arbeit in den Fabriken und zum Dienste im Heere haben muß. Aus diesem Grunde sah sich die Gesetzgebung gezwungen, zum Schutze der Arbeiter einzugreifen — trotz des Geschreis der Unternehmer dagegen. Und trotz dieses Geschreis mußte sie auf der einmal eingeschlagenen Bahn im Laufe der Zeit weiter und weiter vorwärts gehen.

Aber jetzt, so rufen die Großunternehmer und ihre Geschäftsführer, jetzt sind die Arbeiter nur zu sehr geschützt; jetzt ist ein Schutz der Unternehmer gegen die „Anmaßungen“ der Arbeiter notwendig, als ein weiterer Schutz der Arbeiter gegen die Unternehmer.

In Wahrheit aber sind wir von einem genügenden Schutze der Arbeiter auch jetzt noch sehr weit entfernt. Gewiß ist, namentlich seitdem die Arbeiter selbst in ihren politischen und gewerkschaftlichen Verbänden für einen besseren Arbeiterchutz eintreten, manches auf diesem Gebiete geschehen. Aber insoweit sind infolge der wirtschaftlichen Entwicklung die Anforderungen an die Arbeiter größer geworden; ja, die Arbeit der meisten Arbeiter hat sich vollständig geändert.

Dies hebt Professor Kubner in seiner Denkschrift hervor: Unter Arbeitsleistung, schreibt er, versteht man gemeinhin die Leistungen des Menschen als Arbeitsmaschine. Unsere Kulturentwicklung läßt aber diese Form menschlicher Tätigkeit mehr und mehr zurücktreten; sie hat dafür andere Arbeitsformen geschaffen, bei denen die Ausführung es mehr auf den Intellekt als auf die mechanische Kraft ankommt; jene tausendfältigen Arbeitsformen, die sie geschaffen, bei denen durch die Ueberwachung von Maschinen usw., die Aufmerksamkeit, Geschicklichkeit und Dauer der Leistung das Entscheidende ist. Bei der ersten Arbeitsweise liegt also der Schwerpunkt auf muskulärem Gebiet, bei der zweiten Art mehr auf dem geistigen Gebiet und den Leistungen des Gehirns, d. h. die Arbeit beruht auf dem richtigen Funktionieren der Sinnesfähigkeit, der Wahrnehmungsfähigkeit und Willensführung.

Im Anschluß hieran stellt Professor Kubner fest, daß dieses große Gebiet menschlicher Tätigkeit fast noch gar nicht wissenschaftlich erforscht worden ist. Daher soll die Berliner Anstalt für Arbeitsphysiologie eine Stätte der wissenschaftlichen Arbeit auf diesem Gebiete werden und die Grundlage schaffen für die Maßnahmen zur Vermeidung von gesundheitlichen Schäden.

So muß ein Mann wie Professor Kubner befunden, daß

von einem genügenden Schutze der Arbeiter noch gar nicht die Rede sein kann. Und die Errichtung der Anstalt für Arbeitsphysiologie und ihre finanzielle Unterstützung durch die Regierung beweist, daß die Darlegungen des Professor Kubner auch in den maßgebenden Kreisen als richtig anerkannt werden müssen. Die Arbeiter aber wissen aus eigener Beobachtung, wie sehr so mancher Arbeiter in der Entlohnung seiner persönlichen und geistigen Kräfte heutzutage infolge der herrschenden Ausbeutungswirtschaft gekemmt ist. Wir brauchen nur an die ungeheure Zahl von Betriebsunfällen zu erinnern. Wie viele Unfälle könnten wir verhindern, wenn wir nicht nur für sachgemäße Schutzvorrichtungen, sondern auch dafür sorgen könnten, daß die Aufmerksamkeit, Geschicklichkeit und Ausdauer der Arbeiter mehr und mehr erhöht werden!

Jeder Großunternehmer weiß, daß sein Betrieb um so leistungsfähiger wird, je bessere Maschinen und sonstige Arbeitsverbesserungen nutzbar gemacht werden. Dazu sind aber auch um so tüchtigere Arbeiter notwendig. Darüber besteht bei den Unternehmern kein Zweifel. Die Herren klagen oft genug, daß die Arbeiter nicht genügend aufmerksam, geschickt und ausdauernd sind. Wer von ihnen denkt aber daran, daß die Aufmerksamkeit, Geschicklichkeit und Ausdauer der Arbeiter aufs engste verbunden ist mit ihrer ganzen Lebensweise, mit ihrer Ausbildung im Hause, in der Schule und in der Werkstatt, mit ihrer Weiterbildung, mit ihrer Arbeit, mit ihrem Lohne, mit ihren politischen Rechten, mit ihrer Bohnung, Ernährung und Kleidung? Je mehr Anforderungen daher die wirtschaftliche Entwicklung an die Leistungsfähigkeit der Arbeiter stellt, ein desto besserer Arbeiterchutz ist notwendig, damit die Arbeiter ihre körperlichen und geistigen Kräfte immer besser ausbilden können.

Wir begrüßen die Errichtung der Anstalt für Arbeitsphysiologie. Ihre Leistungen werden die Ausführungen des Professor Kubner als wahr erweisen und immer neue Belege dafür beibringen, daß der Ausbau unseres Arbeiterschutzes eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist.

Boden- und Hausbesitzer, vereinigt euch!

Der im vorigen Jahre gegründete Schutzbund für den deutschen Grundbesitz hielt am Dienstag in Charlottenburg seinen ersten Jahreskongress ab. Es zeigt sich, daß dieser neue Schutzbund die größte Aufmerksamkeit der gesamten nicht am Besitze von Grund und Boden beteiligten Bevölkerung verdient. Dieser Verband strebt danach, eine feste Interessensvereinigung des städtischen mit dem ländlichen Grund- und Bodenbesitz herbeizuführen. Unternehmerorganisationen, wie der Zentralverband der deutschen Industriellen sollen gleichfalls mit dem Schutzbund Hand in Hand marschieren. Tatsächlich zeigt es sich, daß die Herren von Grund- und Hausbesitz sich aufs Organisierte gut verstehen. Es gehören dem Verbands bereits Korporationen mit über 500 000 Mitgliedern an.

Natürlich sind auch die Regierungsbehörden eifrig bemüht, einem derartigen Verbände ihr Interesse zu bezeugen; Vertreter des Reichsjustizamts, des preussischen Ministeriums des Innern und andere Ministerien waren auf dem Kongresse anwesend. Auch zahlreiche Mitglieder des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses fehlten nicht. Den Vorsitz führte das preussische Herrenhausmitglied Fürst Saltn-Horsimar. Er sagte in seiner Eröffnungssprache: Der Verband sei gegründet worden „in der Rot der Zeit“. Er wolle die gemeinsamen Interessen des städtischen und ländlichen Grundbesitzes vertreten. Die Hauptaufgabe des Verbandes sei, alle Lehren und Bestrebungen zu bekämpfen, die dem Privateigentum am Boden feindlich sind und die namentlich in den letzten Jahren auf die Steuererhebung einen unheilvollen Einfluß geübt haben. Der edle Fürst schloß seine Ansprache mit der Versicherung, daß die Arbeit des Schutzbundes „vaterländisch und staatsverehelich“ sei; es fehlte natürlich auch nicht an den üblichen monarchischen Kundgebungen.

Nicht minder deutlich hat sich Professor Dr. Van der Vorholt, der die Gelehrtenstube verlassen hat und zum Direktor dieses Interessensverbandes aufgestiegen ist, über die Aufgaben des Schutzbundes ausgesprochen. Der Verband, so führte er aus, richte sich gegen den Sozialismus und die Bodenreform. Die Gefahr dieser Strömungen sei dadurch noch besonders vermehrt worden, daß die Widerstandskraft der öffentlichen Organe gegen die sozialistischen Lehren nachgelassen habe, es müsse aber die oberste Aufgabe der Regierung sein, das Privateigentum zu schützen. Uebertriebene Sozialpolitik führe auf die schiefste Ebene wachsender Rädigkeit und zur Furcht vor den Massen. Die Lage sei sehr ernst. Die Steuerbelastung des Grundbesitzes sei untragbar, auch das Reichsbesitzsteuergesetz enthalte sozialistischen Auffassungen. Zur Bekämpfung dieser Gefahren müssen Stadt und Land sich die Hand reichen und eine feste Kampfgemeinschaft bilden über alle politischen und sonstigen Gegensätze hinweg.

Schließlich gab der sächsische Kammerherr Dr. v. Frege-Weltzien den schutzbundlichen Bestrebungen seinen Segen. In Ausführungen, die bezeugen, daß dieser Herr, der einst als Vizepräsident des Reichstages dort allgemeinen

Sachen verfiel, immer noch in albernem Zerklopptheit hervorrang. Er befandete deutlich, daß der neue Schutzbund seinen schlimmsten Feind in der Sozialdemokratie sieht und daß er nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Interessen verfolgt. Herr von Frege sprach unter Heiterkeit und Zustimmung seiner Zuhörer die Hoffnung aus, daß die Großblockpolitik nicht nur in Baden Schiffbruch gelitten haben möge; „das Lieblingsspiel mit der Sozialdemokratie sei eine Krankheit der Zeit, für die man Sanatorien errichten sollte, wie sie für andere Sachen schon längst bestehen“. Die Versammlung der Schutzbundler sprach sich sodann für mehrere Leihkäse aus, in denen gegen jede weitere Steuerbelastung des Grund- und Bodenbesitzes protestiert wird. Sie nahm außerdem folgende Kundgebung an:

„Unsere gesamte Volkswirtschaft treibt dem Kommunismus entgegen. Der durch die Verfassung garantierte Schutz des Privateigentums ist ins Wanken geraten. Die Freiwirtschaftsreform ist der Bestrebungen untergraben die Bodenständigkeit der Bevölkerung. Der im Schutzbund für Deutschen Grundbesitz vereinigte städtische und ländliche Grundbesitz aus allen Teilen unseres Vaterlandes bringt heute hier öffentlich zum Ausdruck, daß er gewillt ist, einer solchen für unser ganzes Volksleben verderblichen Entwicklung entgegenzutreten. Die öffentlichen Organe sind nicht selbständig; ihr Wirken muß der Sicherheit der Erntens, dem Wohlergehen und der Zufriedenheit aller Staatsbürger dienen. Das Verantwortlichkeitsgefühl der öffentlichen Organe gegenüber der Arbeiterschaft muß geschärft werden. Diese Organe müssen sich wieder betätigen: daß der private Grundbesitz in Stadt und Land die feste Grundlage unseres Staatslebens ist, daß seine Erhaltung und Förderung die sicherste Gewähr für Aufrechterhaltung unserer Gesellschaftsordnung bietet, daß sie Haushalten müssen mit der Kraft und Leistung der Privatwirtschaft, deren für das Gemeinwohl unentbehrlicher Unternehmungsgeist nicht durch übermäßige Belastung gelähmt werden darf.“

So finden sich die städtischen und ländlichen Boden- und Hausbesitzer zu schönem Bunde zusammen. Und in der Tat, sie gehören zu einander.

Das städtische Haus- und Grundbesitzertum umfaßt ein gewaltiges Vermögen, ist aber politisch schwach und außerdem in den weitaus meisten Fällen außer Acht gelassen. Man hat keinen Respekt vor den Leuten, deren wirtschaftliche Leistung sich darin erschöpft, am ersten des Quartals oder des Monats die fälligen Mieten einzutreiben, unter deren Höhe die ganze Bevölkerung leidet. Die Stadtverwaltungen sehen sich darum nach Hilfe um und sie finden sie bei dem ländlichen Agrarier. Das Großgrundbesitzertum ist zwar stark an Macht und Einfluß auf die Gesetzgebung, aber auch ihnen ist es sehr willkommen, städtische Bundesgenossen für die reaktionäre Politik zu finden, die es in unserer Zeit heftig bedroht sieht. So sind die Adelsherrn bereit, die seltene aristokratische Rechte in die fleischliche, brillantgeschmückte Hand der städtischen Hausagrarier und Bodenbesitzer zu legen.

Der Besitz aller Arten schießt sich zusammen. In den Grund- und Bodenbesitzern in Stadt und Land sieht der Zentralverband der Industriellen und der Hansabund Kapitalisten vor dem Schatzmachertum. Vor dieser gewaltigen Zusammenballung des Besitzes dürfen die Massen der Besitzlosen nicht untätig verharren! Alle Besitzlosen, alle Lohn- und Gehaltsempfänger, alle der Grundbesitzer unterworfenen Volksschichten müssen sich fest setzen denn sie zusammenschließen, um nicht niedergewaltem zu werden!

Brentano über Krupp.

Professor Lujo Brentano spricht sich im Berliner Tageblatt für die Verstaatlichung der Waffenindustrie aus. Er führt u. a. aus: Die Kruppische Verwaltung bildet schon heute einen Beamtenstab, der den mancher kleinen Staaten an Größe übertrifft. Warum sollen diese Beamten weniger gut verwaltet, wenn sie statt von der Firma Krupp vom Reiche angestellt werden? Nicht als ob ich für Verstaatlichung aller Waffenfabriken wäre; mögen private Waffenfabriken neben staatlichen immerhin fortbestehen. Sie mögen alle jene Länder versorgen, welche keine eigenen Waffenfabriken haben. Aber warum in einem Lande, in welchem alle möglichen Unternehmungen vom Staate betrieben werden, gerade die Unternehmungen, mit denen das vitalste Interesse des Staates verknüpft ist, nicht oder nicht in so ausgedehntem Maße vom Staate betrieben werden, daß sie dessen gesamten Bedarf zu decken vermögen, wird dem Unbefangenen schwer begreiflich gemacht werden können.

Ganz abgesehen davon, daß bei staatlichem Betriebe unserer Rüstungsunternehmungen das, was uns abberlangt wird, keiner weiteren Korrektur durch „Kornwägel“ bedürfen würde, die Ersparung, die unseren Heeresausgaben daraus erwachsen würden, würde noch weit größer sein. In diesem Sommer ist ein ungemein belehrendes Büchlein des Chefredakteurs des Londoner „Economist“, F. W. Hirst, bei Reithen u. Co. in London erschienen, betitelt The six panics. Es enthält eine glänzende Darstellung, wie die Rüstungsfirmen der verschiedenen Länder es fertig bringen, den Rüstungseifer, der ihnen so hohe Dividenden abwirft, allenthalben in der Welt zu steigern. Es werden falsche Informationen über das verbreitet, was Rüstungsfirmen in anderen Ländern tun oder vorbereiten, um größere Aufträge zu Gegenleistungen